

amtliche Bekanntmachung

009 K 022/19



AMTSGERICHT BOCHOLT

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, den 14.04.2021, 9.00 Uhr,
im Amtsgericht Bocholt, 46399 Bocholt, Benölkenplatz 2, 1. Stockwerk, Saal
109**

der im Grundbuch von Bocholt Blatt 11779 eingetragene Grundbesitz

Grundbuchbezeichnung:

36/1.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bocholt, Flur 52, Flurstück 1068, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Moselstraße 27, 29, 4692 m², verbunden mit dem Sondereigentum an dem Ladengeschäft Nr. 60, dem Kellerabteil V 30 des Aufteilungsplanes

versteigert werden.

Es handelt sich laut Wertgutachten um ein Ladengeschäft in einem Wohn- und Geschäftshaus, bestehend aus einem Verkaufsraum (118,44 m²), einem Lager (25,16 m²), einem WC und drei Abstellräumen, Nutzfläche insgesamt ca. 163,48 m². Baujahr des Gebäudes: 1966.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 06.11.2019 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 45.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Bocholt, 30.10.2020